

zeitung gegen den krieg

Nr. 40 Frühjahr 2017

ZgK-Redaktion zu Flucht und Rüstungsexporten
Ulla Jelpke über Abschiebungen ins Kriegsgebiet
Konstantin Wecker über Rüstungswahn

Seite 2 Tobias Pflüger über deutsche Panzer in Litauen
Seite 3 Anne Rieger zu Rüstungskonversion
Seite 3 Michael Schulze v. Glaßer zur Bundeswehr-PR

Seite 4
Seite 6
Seite 8

„Das Militär, diesen Schandfleck der Zivilisation, zum Verschwinden bringen!“

Albert Einstein (1879-1955)

Nach Rüstung kommt Krieg



Wir erleben eine neue Hochrüstungphase. Mit der 2-Prozent-BIP-Forderung für Rüstung. Mit der Kampftruppen-Verlegung an die russische Grenze. Mit der US-Option auf den atomaren Erstschlag. Ein knappes halbes Jahrhundert lang – 1945 bis 1990 – schien es der Ost-West-Konflikt zu sein, der Hochrüstung schuf und Kriegsgefahr schürte. Nach der Wende 1989-1991 hielten viele die akute Gefahr eines großen Krieges für gebannt. Die Irak-Kriege 1990 und 2003 schienen eine *spezifische* Ursache zu haben – „Krieg für Öl“ eben. Der Nato-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 wurde als Teil der „neuen Balkan-Kriege“ regionalisiert und als „Kosovo-Krieg“ verharmlost. Als die Bundeswehr ab 2002 am Hindukusch die freiheitlich-demokratische Grund- und Boden-Ordnung verteidigte, war dies für die meisten weit weg. Grundsätzlich schienen Abrüstung und Friedensdividende möglich. Tatsächlich sanken die weltweiten Rüstungsausgaben 1989 bis 1995 deutlich. Die Zahl der Atomwaffen wurde weltweit erheblich reduziert.

Doch dann kam die Wende. Nein, nicht mit Trump. Das US-Repräsentantenhaus beschloss am 4. Dezember 2014 mit 411 gegen 10 Stimmen die Resolution 758 und forderte damit US-Präsident Obama dazu auf, die USA auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. Im Februar 2016 beschlossen die USA die Vervierfachung der Mittel für US-Truppen in Osteuropa. Vor Ort spricht Jonas Vytautas Zukas,

der Oberbefehlshaber der litauischen Armee, Klartext: „Wir schaffen jetzt die Strukturen für die Zeit des Krieges“.

Seit 2014 steigen die westlichen Rüstungsausgaben deutlich. Mit Trump schießen sie 2017 förmlich durch die Decke. Dies verbindet sich mit der neuen atomaren Hochrüstung. Seit März 2017 gibt es die UN-Verhandlungen zur Abschaffung aller Atomwaffen. Die Atom-mächte sind nicht dabei. Auch Deutschland steht abseits. Gleichzeitig aktivierte die US-Regierung die Pläne für einen atomaren Erstschlag. Die USA investieren bis 2025 350 Milliarden US-Dollar zur „Modernisierung“ der Atomwaffen. Auch dies wurde unter Obama beschlossen.

US-Präsident Donald Trump ist „nur“ die zynische Personalisierung einer Entwicklung, die seit gut zwei Jahren stattfindet. Seine Forderung, die Nato-Partner müssten mehr in das Bündnis „ein zahlen“, dient der EU und der deutschen Regierung als *Vorwand*, um die laufende Steigerung der Rüstungsausgaben und die angepeilte Hochrüstung zu rechtfertigen. Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen bis 2024 für Rüstung ausgegeben werden. Aktuell sind es in Deutschland 1,2 Prozent. Da es ein BIP-Wachstum gibt, zielt die 2-Prozent-Forderung schlicht auf die *Verdopplung der Rüstungsausgaben* – von 37 auf gut 70 Milliarden Euro. Wobei die Unterschiede zwischen dem, was Frau von der Leyen will und dem, was die Herren Gabriel und Schulz

sagen, lächerlich sind. Alle wollen sie aufrüsten. CDU/CSU und FDP ganz offen. Die SPD verdrückt.

Wo bleiben da die Sparkommissare Schäuble, Juncker und Draghi? War da was mit Schuldenbremsen? Nichts dergleichen! Beim Thema Hochrüstung sitzen die Gelder locker. Werden die Kassen geöffnet. Gilt Schulden machen als zukunftsfähig.

Ganz anders im sozialen Bereich. In der EU herrscht *Rekordarbeitslosigkeit*. Geld oder Ideen, um diese abzubauen, gibt es nicht. Prüfen wir die soziale EU eine Ebene tiefer: Die EU versprach 2013 angesichts der extremen Quoten der *Jugendarbeitslosigkeit*, dass alle Jugendlichen nach dem Schulabgang einen Job, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten würden. Laut Bericht des Europäischen Rechnungshofs vom April 2017 wird das Versprechen nicht eingehalten. Mehr als vier Millionen junge Menschen unter 25 Jahren seien „noch immer arbeitslos“.

Prüfen wir die soziale EU eine weitere Stufe tiefer. Zugesagt wurde das *Free Interrail-Ticket* für jeden Europäer zum 18. Geburtstag. 30 Tage lang Europa ökologisch akzeptabel und völkerverständigend per Bahn zu bereisen – eine gute Idee! Im März 2017 kassierte die EU-Kommission das Projekt. Man müsse wettbewerbsneutral sein und könne die Schiene nicht bevorzugen. Im Übrigen sei das Projekt „zu teuer“.

Richtig ist: Man kann das Geld nur einmal ausgeben. Und es

soll für Hochrüstung ausgegeben werden. Genau wie vor gut 100 Jahren, vor dem Ersten Weltkrieg. Auch damals gab es nur Kapitalismus. Es gab Globalisierung. Doch als der innere Markt und die Massennachfrage zu klein wurden und die Krisentendenzen sich verschärften, kam die Hochrüstung. Im Deutschen Reich verdoppelten sich die Rüstungsausgaben von 1,04 Milliarden Reichsmark 1900 auf 1,94 Milliarden RM 1913. Was damals übrigens 2,2 Prozent des BIP entsprach. Die Konkurrenz schlug um in Handelskriege und Expansionspläne. Die Handelskriege mündeten in das erste große Völkermorden. Nach Rüstung kam Krieg.

Es sind nicht die einfachen Leute, die Hochrüstung oder einen neuen Krieg gegen Russland wünschen. Ganz im Gegenteil! Es sind die zynischen Hochrüster Trump, Juncker und von der Leyen und es ist die *innere Dynamik des Kapitals*, die auf eine neue große Zerstörung zutreibt.

Nach Rüstung kommt auch heute Krieg! Die Warnung von Bertolt Brecht aus dem Jahr 1952 ist beim Ostermarsch 2017 so aktuell wie selten zuvor:

„Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Hallo Frau von der Leyen!

Sie erklärten, Sie wollten „in der Bundeswehr ein Klima des Vertrauens und des Respekts“ pflegen. Das sagten Sie so fröhlich, im weißen Hosenanzug, das Haar Wella-geföhnt. Für die Soldatinnen in Pfullendorf wirkt das lächerlich. Viele von ihnen mussten erdulden, dass ihnen die männlichen Rekruten die Brüste und die Vagina abtasteten, um danach „eine Geruchsprobe zu entnehmen“. Sie sagen, diese „zutiefst erschütternden Vorkommnisse“ seien „Sonderfälle“ gewesen. Die Pole-Stange im Gemeinschaftsraum in der Kaserne Pfullendorf war fest installiert. Um diese herum mussten Rekrutinnen nackt tanzen, im Wortsinne antanzen. Und was meint „Tamponieren im Analbereich“, was in Pfullendorf für junge Rekruten vorgesehen war. Zeugen besagten: Das war dort Standard.

Nur dort? Für den Verteidigungsausschuss des Bundestags haben Sie den General Walter Spindler, Kommandeur des Heeres-Ausbildungskommandos, vorgeschickt, damit dieser zu Pfullendorf Rede und Antwort steht. Sie wissen natürlich, wer der Mann ist. 2009 wurde vom ARD-Magazin *Kontraste* aufgedeckt, dass in der Bundeswehr die Grundausbildung auf Basis von Anleitungen der NS-Wehrmacht erfolgt. Dazu befragt, sagte eben dieser Herr Spindler: „Militärische Grundwahrheiten (existierten) auch während der zwölf Jahre eines totalitären Regimes.“ Die Bundeswehr-Kaserne in Pfullendorf trug bis 2013 den Namen „Generaloberst von Fritsch-Kaserne“. Von Fritsch war Nazi-General.

Dabei hat Ihr General Spindler ja recht! Mit entmenslichten und sexualisierten Soldaten erhalten Sie und Ihresgleichen eine Truppe, die in den neuen Kriegen, die sie planen, das geeignete und willige Kanonenfutter ist. ARD-Infos zu Spindler: http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/bundeswehr/unselige_traditionen.html

In eigener Sache

Die *Zeitung gegen den Krieg (ZgK)* erschien 1999 bis Ostern 2015 in 39 Ausgaben und immer zum Ostermarsch. Es gab dann zwei Jahre Pause wegen der Erkrankung eines maßgeblichen Herausgebers. Die drohende neue Kriegsgefahr veranlasst uns, die ZgK wieder aufleben zu lassen. Um noch mehr Wirksamkeit zu erzielen, reduzierten wir die Seitenzahl von 12 auf 8 und senkten die Abnahmepreise im Schnitt um 35 Prozent. Bitte werben Sie für die ZgK und helfen Sie bei der Verbreitung! Siehe auch das Impressum Seite 2. *ZgK-Redaktion*

Behauptungen & Antworten

Flucht. Waffen. Waffenexporte

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind aktuell 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht - so viel wie nie zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Hälfte von ihnen sind Kinder und Minderjährige, die besonders schutzbedürftig sind. Die deutsche Bundesregierung erkennt allgemein an, dass diese Menschen „aufgrund von Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen, Krieg, Bürgerkrieg und Gewalt [...] zur Migration bzw. Flucht gezwungen“ würden. Doch sie erwähnt mit keiner Silbe, dass sie selbst mitverantwortlich dafür ist, dass Menschen zu Flüchtlingen werden, dass deutsche Politik Massenflucht „produziert“. Die *Zeitung gegen den Krieg* greift drei Behauptungen der Bundesregierung zum Thema Flucht heraus und konfrontiert diese mit der Wirklichkeit.

Behauptung 1 „Die Bundesregierung verfolgt in der Migrations- und Flüchtlingspolitik“ das Ziel „Reduzierung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration. [...] Die deutsche Flüchtlingspolitik ist dabei in die europäische Gesamtstrategie eingebettet, an deren Gestaltung

die Bundesregierung engagiert mitwirkt.“

Antwort Das Letztere ist richtig, jedoch eine Untertreibung. Die „europäische Gesamtstrategie“ beim Thema Flucht wird wesentlich von der Bundesregierung bestimmt.

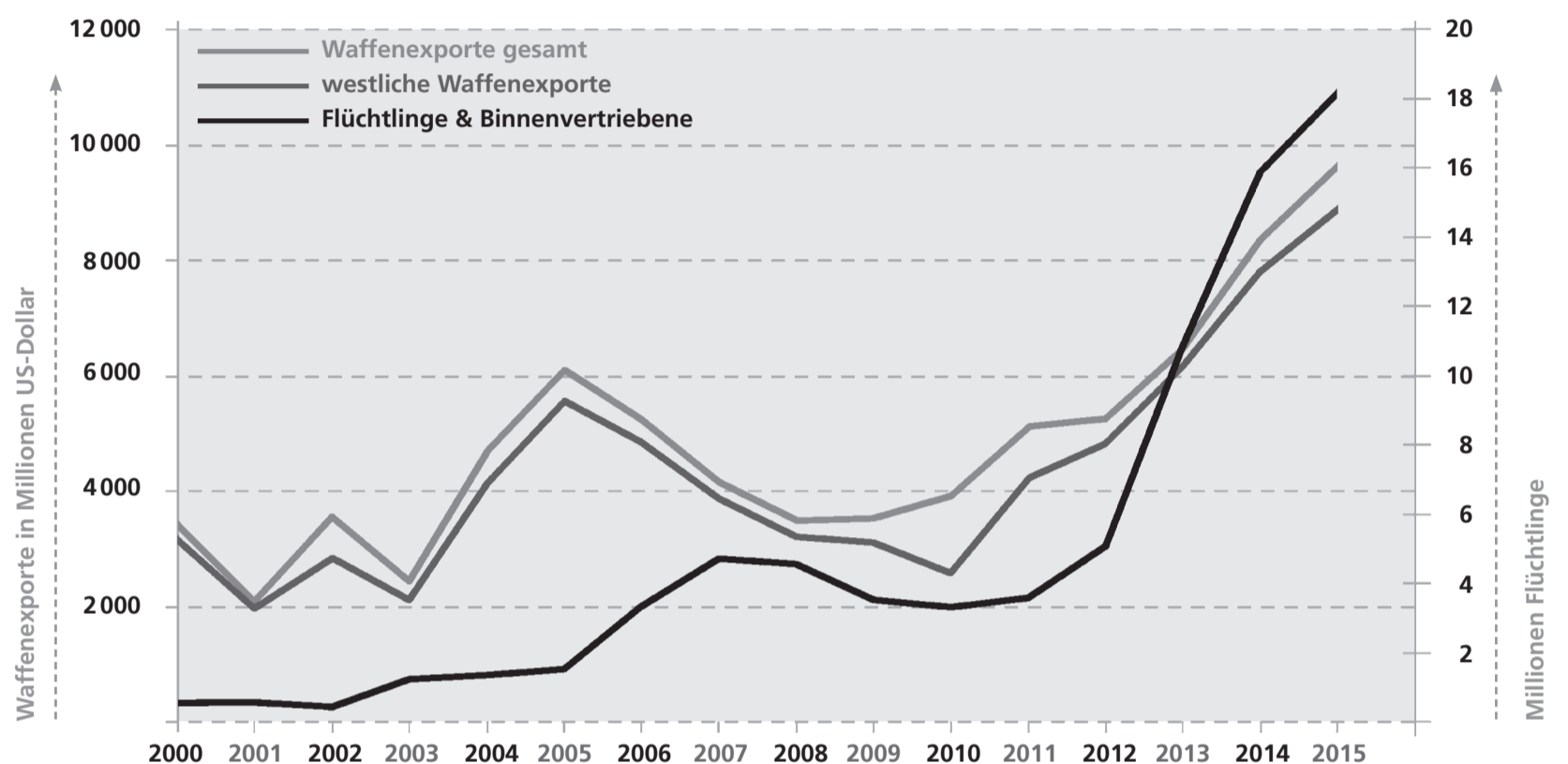
ist. Der Bündnispartner Deutschlands, die Türkei, hat jahrelang den „Islamischen Staat“ unterstützt, wenn nicht aufgebaut. *Balkan* Die deutsche Regierung war 1990/91 maßgeblich daran beteiligt, die Spaltung Jugoslawiens zu betreiben (diplomatische Anerkennung

mehr als verfünffacht. In fast dem gleichen Maßstab stieg die Zahl der Flüchtlinge in der Region – hier die Zahl der Binnenflüchtlinge und die Zahl derjenigen, die aus ihren Ländern flohen – von wenigen Hunderttausend pro Jahr im Zeitraum 2000 bis 2003 auf 5

(10 000 gestrandete Flüchtlinge). Das trifft vor allem zu auf Italien: Dort strandeten 2016 knapp 200 000 Flüchtlinge. Die EU lässt Italien – ebenso wie Griechenland – allein und im Stich.

Und was macht die deutsche Marine tatsächlich im Mittel-

Grafik: Rüstungsexporte/Waffenlieferungen und Flüchtlinge



Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Berlin. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Redaktion Heike Hänsel · Tobias Pflüger · Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung & Krieg · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Willi Hoffmeister Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · Papyrossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (ParteiVorstand).

Titelgrafik & Gestaltung Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

Internet www.zeitung-gegen-den-Krieg.de

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de Fax 030 - 227 76 179 oder Tel. 030 - 227 73 179 (MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise & Konto

Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB V. i. S. d. P. Winfried Wolf ISSN 1611-2881

Die Hauptaussage ist nicht nur falsch. Sie stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Die Bundesregierung und die EU betreiben eine Politik, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass Millionen Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen und nach Europa zu fliehen. Diese Politik beginnt im Allgemeinen bei der Wirtschaftspolitik: Freihandelsverträge mit wirtschaftlich schwachen Ländern, z.B. in Nordafrika, müssen die Ökonomien dort ruinieren. Damit fluten billige Produkte aus Europa (oft noch durch Subventionen zusätzlich verbilligt) die Märkte. Sie nehmen den Menschen vor Ort ihre Existenzmöglichkeiten.

Das konkretisiert sich hinsichtlich der wichtigsten Regionen, aus denen heute die Flüchtlinge kommen: *Afghanistan*: Dort agierte die Bundeswehr mehr als ein Jahrzehnt lang militärisch. Sie war u.a. verantwortlich für das „Tanklastwagen-Massaker“ am 4. September 2009 mit mehr als 100 Getöteten. *Nordafrika*: Die USA und die EU, unterstützt durch die Bundesregierung, griffen 2011 mit brutalen Bombardements in die innerlibyschen Auseinandersetzungen ein. Sie sind mitverantwortlich für die derzeit völlig instabile Lage in dem Land. *Syrien* Die deutsche Regierung hat sich darauf versteift, dass der syrische Präsident Assad gestürzt werden muss. Dabei hatte sie mit eben diesem Regime lange Zeit eng zusammengearbeitet (und ihm 2000/2001 sogar einen kompletten Schuldenerlass gewährt). Sie unterstützt heute eine „Opposition“, die in starkem Maß islamistisch-fundamentalistisch geprägt

von Kroatien und Slowenien). Die rot-grüne Bundesregierung ließ die Bundeswehr 1999 im Kosovo-Krieg mitbomben.

Bilanz 80 Prozent der Flüchtlinge, die 2015 und 2016 nach Deutschland kamen, kamen aus diesen vier Krisenherden und Kriegsgebieten, aus Syrien, Afghanistan, Nordafrika und dem Balkan.

Behauptung 2 „Die Rüstungsexporte Deutschlands erfolgen im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands. Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Genehmigungspraxis bei den Exporten von Waffen.“ So die offizielle Stellungnahme aus dem (SPD-geführten) Wirtschaftsministerium, das für die Rüstungsexporte verantwortlich zeichnet.

Antwort Die deutschen Rüstungsexporte sind ein wesentlicher Treiber in den verschiedenen Kriegen. Diese deutschen Exporte von Waffen und anderem militärischem Gerät haben unter der aktuellen Großen Koalition Rekordniveau erreicht: 2016 wurden Rüstungsexporte in Höhe von 6,88 Milliarden Euro genehmigt, was der zweithöchste je gemessene Wert war. Nur 2015 waren es mit 7,86 Milliarden Euro noch mehr. Es gibt einen nachweisbaren, direkten Zusammenhang zwischen Rüstungsexporten und Flucht. Unsere Grafik verdeutlicht dies.* Seit 2003 haben sich die westlichen Rüstungsexporte in den Nahen Osten von 2 bis 3 Milliarden US-Dollar jährlich auf bis zu 14 Milliarden US-Dollar 2015 (und ähnlich 2016)

Millionen 2007/2008 und schließlich 2015/2016 auf mehr als 15 Millionen.

Kriege können nur geführt werden, wenn es Waffen gibt. Immer brutaler Kriege werden geführt, wenn es immer mehr und immer „effizientere“ Waffen gibt. Die BRD-Waffenschmieden sind Rekordhalter beim Töten mit Effizienz (siehe S.5).

Behauptung 3 Die Bundesregierung ist im Mittelmeer engagiert, um Flüchtlingen zu helfen. Die Bundesmarine beteiligt sich zu diesem Zweck an der Militärmission EUNAVFOR MED. Im übrigen hat die Vereinbarung EU-Türkei, die von der Bundesregierung initiiert wurde, dazu beigetragen, dass der „Flüchtlingsstrom“ seit Anfang 2016 erheblich rückläufig ist.

Antwort Richtig ist, dass die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, 2016 wesentlich niedriger war als 2015. Falsch ist, dass das generell der Fall wäre. 2016 machten sich nicht viel weniger Menschen auf den Weg nach Europa. Doch dieser Weg ist inzwischen gefährlicher. Allein 2016 ertranken mehr als 5000 Menschen bei der Überfahrt von Afrika nach Europa. Gleichzeitig haben die EU und die deutsche Regierung einzelnen Ländern schlicht den Status zuerkannt, dass dort viele Zehntausend Flüchtlinge „zwischengeparkt“ werden. Das trifft zu auf Griechenland, das in eine tiefe Krise getrieben wurde, wo 60 000 Flüchtlinge gestrandet sind. Es trifft zu auf Serbien

meer? Dies fragte im März 2016 die Bundestagsfraktion DIE LINKE die Bundesregierung. Dabei wurde konkret danach gefragt, „welche Anlagen und Techniken“ die Bundesmarine im Rahmen der Militärmission EUNAVFOR MED zur Anwendung bringen würde. Gefragt wurde auch, ob die Bundesmarine dabei die Technik „GPS spoofing“ einsetzen würde. Und es wurde gefragt, wie viele Schiffe, mit denen Flüchtlinge versuchen, nach Europa zu gelangen, die Bundesmarine zerstört habe.

Die Antwort der Bundesregierung lautete: „Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Überzeugung gelangt, dass die Beantwortung der Fragen [...] aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen kann.“

Das heißt im Klartext Die Bundeswehr wird im Mittelmeer vor allem dazu eingesetzt, von der Flucht abzuschrecken, Fluchtmittel (Boote) zu zerstören oder gar Boote mit Flüchtlingen in die falsche Richtung zu dirigieren: Die deutsche Marine ist zumindest mit GPS spoofing ausgerüstet. GPS spoofing dient dazu, die elektronische Navigation zu stören, Boote von Flüchtlingen elektronisch so umzuleiten, dass sie im positiven Fall zurück zum Ausgangspunkt ihrer Flucht, nach Nordafrika – oder auch in den Tod durch Ertrinken – gesteuert werden.

* Quelle: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Ausweitung der Militärmission EUNAVFOR MED“ · DS 18/8002. Grafik von Joachim Guilliard (siehe auch S. 4/5).

Interview mit Konstantin Wecker

Dem Rüstungswahn den Stinkefinger zeigen!

In Deinen Liedern spielt das persönliche Engagement eine große Rolle. Ist das nicht die Sache von politischen Parteien und von Politikern?

Eine Demokratie muss lebendig sein und sie wird nur durch persönliches Engagement der Menschen am Leben bleiben. Wir erleben doch mit der Rechtsentwicklung gerade, wohin es führt, wenn sich zu wenige persönlich einmischen, engagieren, revoltieren. Parteien werden träge, wenn man ihnen nicht immer wieder in den Hintern tritt, sie auffordert, ihre eigentlichen Ziele nicht zu vergessen.

Der deutschen Bevölkerung würde es so gut wie noch nie gehen – so lautet heute eine wesentliche These.

Selbst wenn es so wäre – und wir wissen, dass es nur für ein paar Prozent der Bevölkerung stimmt: Wie gut kann es uns „gut“ gehen, wenn wir sehen, was für Elend wir mit unserer imperialistischen Politik anrichten?

Die Friedensbewegung kann zur Zeit keine Massen mobilisieren. Dabei gab es selten zuvor so viele Krisen, Kriege und deutschen Kriegseinsätze. Warum ist das so? Leider wurde die Friedensbewegung – wie ich glaube, zum Teil auch ganz bewusst – gespalten. Sie hat sich dann selbst in ideologischen Kleinkriegen gefetzt und zerlegt. Wir brauchen wieder eine solidarische Friedensbewegung, die es aushält, mit Menschen gemeinsam zu demonstrieren, die nicht in allen Punkten gleicher Meinung sind. Natürlich geht das nur mit Menschen, die Gewaltfreiheit und Pazifismus als einzig menschenwürdige Lösung betrachten. Nur für ein bisschen Frieden zu sein, reicht nicht.

Was treibt Dich politisch an? Die Hoffnung auf eine spirituelle Revolution, eine Revolution der Zärtlichkeit und des Mitgefühls. Es gibt mehr, als uns die Medien weismachen wollen, die sich diesem Weg verschrieben haben. Sie sind nicht so lautstark und auffällig, aber ohne diese Menschen sehe ich kaum noch eine Chance, die Erde und ihre Bewohner vor dem Untergang zu bewahren.

Was ist für Dich momentan die wichtigste friedenspolitische Aufgabe? Am 1. August 1914, einen Tag nach der Ausrufung des Kriegszustandes in Deutschland, schrieb Romain Rolland in sein Tagebuch: „Wenn man wie wir zu jedem Rassenhass unfähig ist, wenn man das Volk, das man bekämpfen soll, ebenso achtet wie das Volk, das man verteidigt, wenn man den verbrecherischen und stumpfsinnigen Wahnsinn dieses Krieges sieht und wenn man in sich eine Welt

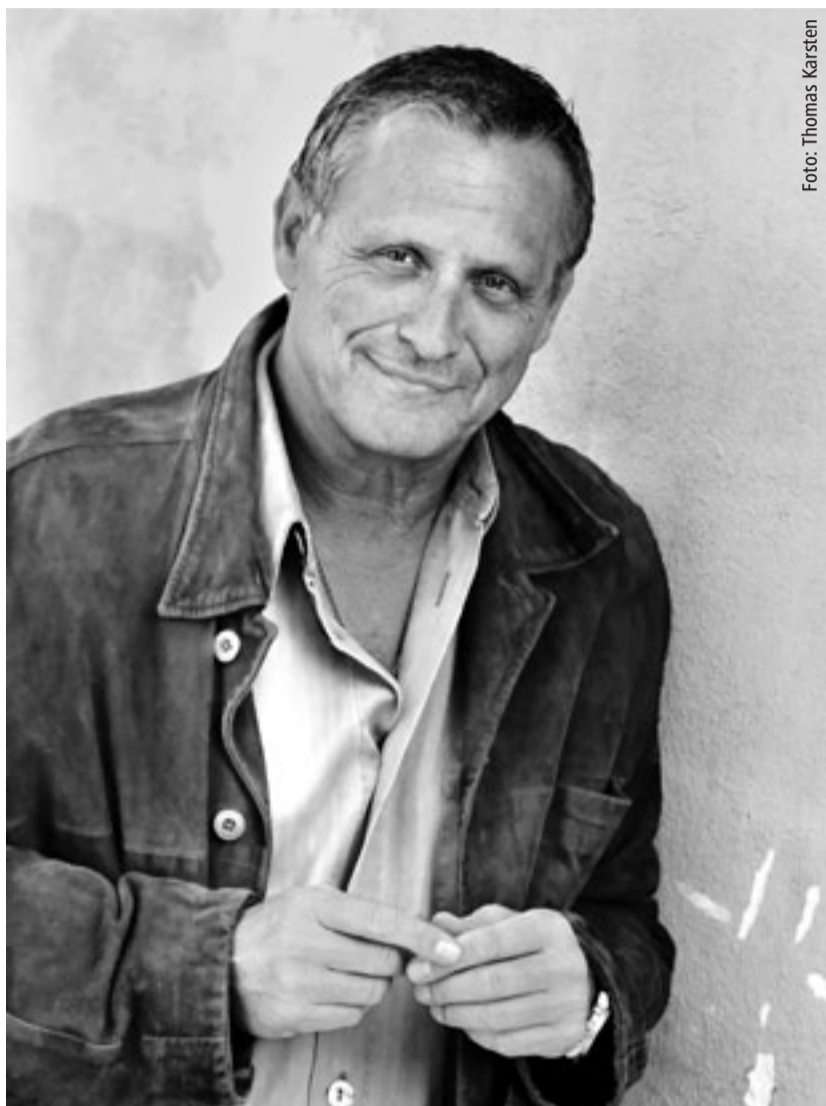


Foto: Thomas Karsten

des Denkens, der Schönheit und Güte fühlt, die sich entfalten will, ist es dann nicht das Entsetzliche, gezwungen zu sein, diese Welt aus einem grässlichen Grunde zu morden?“

Der von deutschen wie französischen Kriegstreibern gehasste Rolland war, zusammen mit Stefan Zweig, einer der ganz wenigen Dichter, die der nationalistischen Massenhysterie vor dem 1. Weltkrieg Widerstand leisteten. Dem ist nichts hinzuzufügen. Jetzt, im Vorfeld neuer Kriege

Die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen hat am 27. Oktober in New York die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot beschlossen. Im UN-Hauptausschuss für Abrüstung stimmten 123 Staaten dafür, bereits für März 2017 eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten – angeführt von den USA und Russland – stimmten dagegen. Zu ihnen gehören fast alle NATO-Staaten, einschließlich Deutschland.

Die Heuchelei der Bundesregierung, die mit Lippenbekenntnissen eine Welt ohne Atomwaffen befürwortet, aber mit den Hardlinern in der NATO gegen Verhandlungen für die Ächtung und Abschaffung der Nuklearwaffen stimmt, ist kaum noch zu überbieten.

Die Nato und die US-Regierung fordern, dass zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben wird. Die deutsche Verteidigungsministerin und die Kanzlerin unterstützen

dieses Ziel – es gehe darum „Verantwortung zu zeigen und mit zu tragen“.

Verantwortung zeigen, heißt: Man muss dem ganzen Rüstungswahnsinn den Stinkefinger zeigen. Hier wird bei vollem Bewusstsein ein Krieg gegen Russland, wenn nicht direkt vorbereitet, so doch in Kauf genommen. Und dies 100 Jahre nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Als hätte es nie einen Romain Rolland gegeben, nie einen Stefan Zweig. Wir dürfen in keine neue Phase der Hochrüstung kommen, das wäre brandgefährlich. Gegenüber Russland brauchen wir eine Politik der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens.

Am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Gibt es für Dich soetwas wie „Prüfsteine“, die Du an die zur Wahl antretenden Parteien anlegen würdest? Als bekennender Pazifist kann und werde ich keine Partei wählen, die dem kriegerischen Wahnsinn nicht eindeutig Einhalt gebietet.

Veranstaltungshinweis: 8. Mai 2017, Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, 17 Uhr, VVN-Auftaktkundgebung, Mahnmahl gegen Krieg und Faschismus, Stuttgart 20 Uhr, Friedenskirche Stuttgart, Friedensplatz 1: „Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg“ · Stimmen für eine Kultur des Friedens mit Konstantin Wecker, dem Journalisten Franz Alt, dem DGB-Vorsitzenden von Baden-Württemberg, Martin Kunzmann und dem Ernst-Bloch-Chor Tübingen (u.a.m.) Kontakt: Gesellschaft Kultur des Friedens, info@kulturdesfriedens.de

Zynische Abschiebungen nach Afghanistan

Ulla Jelpke

Es gibt sichere Gebiete in Afghanistan“ – behauptet Bundesinnenminister Thomas de Maizière, um Abschiebungen zu rechtfertigen. Allein in diesem Jahr gab es bislang drei Sammelabschiebungen an den Hindukusch, nach nur einer im vorigen Jahr. Auf Anfragen der Linksfraktion, wo genau diese Gebiete liegen sollen, heißt es dann: Die Sicherheitslage verändere sich regelmäßig, aber im Prinzip sei sie in den meisten großen Städten, meistens jedenfalls, „ausreichend kontrollierbar“. Das ist freilich nur ein NATO-Begriff für ein Leben im Belagerungszustand. Kunduz etwa galt immer als „ausreichend kontrollierbar“ – bis im Oktober 2016 auf einmal die Taliban im Zentrum standen, zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres.

Nach Angaben der UN-Verwaltung in Kabul (UNAMA) gab es im vorigen Jahr mit 11 418 mehr zivile Kriegesopfer (3498 Tote und 7920 Verletzte) als jemals seit 2009. Die Taliban erhöhen den Druck auf mehrere Provinzhauptstädte und Versorgungswege. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen stellte schon im Dezember 2016 – pikanterweise in einer vom Bundesinnenministerium selbst angeforderten Stellungnahme – fest, man könne „keine Unterscheidung von ‚sicheren‘ und ‚unsicheren‘ Gebieten“ treffen.

De Maizière unterschied diese Kriegesopfer in der *Tagesschau* feinsinnig: „Die normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer, aber ist nicht Ziel von Anschlägen der Taliban. Das ist ein großer Unterschied“. Das ist zum einen faktisch falsch – UNAMA berichtet von über tausend Opfern gezielter (!) Mordanschläge durch Taliban. Zum anderen zeugt diese Differenzierung davon, dass de Maizière im Abschieberausch buchstäblich über Leichen geht.

Kriegsvorbereitungen konkret

Bernhard Trautvetter

Vor zwei Jahren schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* anlässlich des Nato-Wales-Gipfels: „In Wales werden die Regierungschefs sich ...mit der Möglichkeit befassen..., dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung des Westens mit Russland kommen könnte.“ (3.9.2014) Passend sagte Nato-Oberbefehlshaber Breedlove: „Wir sind bereit zu kämpfen und zu siegen.“ (Spiegel 10/15) Und die Kalkarer Nato-Strategie-Schmiede JAPCC zweifelte 2014 an, dass es in Europa keinen großen Krieg (major war) mehr geben würde. Die Militärs forderten damals bereits einen „angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Fähigkeiten“. In zwei Jahren, 2019, gibt es die ersten Lenkwaffentragenden US-Nuklearbomben. 20 davon kommen nach Büchel in Rheinland-Pfalz. Im britischen *Guardian* (8.3.2015) war zu lesen, diese seien „gebrauchsfreudig“, gut einsetzbar.

Die Verdopplung der Nato-Eingreiftruppe in Osteuropa begründete der Nato-Generalsekretär Stoltenberg mit der „sehr kritischen Zeit für die Sicherheit ... in der Welt“. Als Beweis dient die „russische Gefahr“ (Seite 4). Dabei blendet die Nato eigene Völkerrechtsbrüche wie den Kosovo-Krieg aus. Krieg wird offen geprobt. Beispiel: Für ein Manöver der US-Armee in Hohenfels gibt es auf der offiziellen Website *berlin.de* das folgende „Stellenangebot“: „Teilnehmer spielen ... Statistenrollen ... Auf dem Übungsgelände sind ... 10 Dörfer ... jeweils aus 10 bis 30 Häusern... Gute Sprachkenntnisse in Russisch ... sind von großem Vorteil“ Hinweis: Friedensaktionen in Kalkar, Ramstein, Büchel, Dülmen und im Ruhrgebiet gegen den Nato-/Bundeswehr-Kurs folgen dem Ostermarsch 2017.

Der Schwur gilt

Ulrich Sander

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

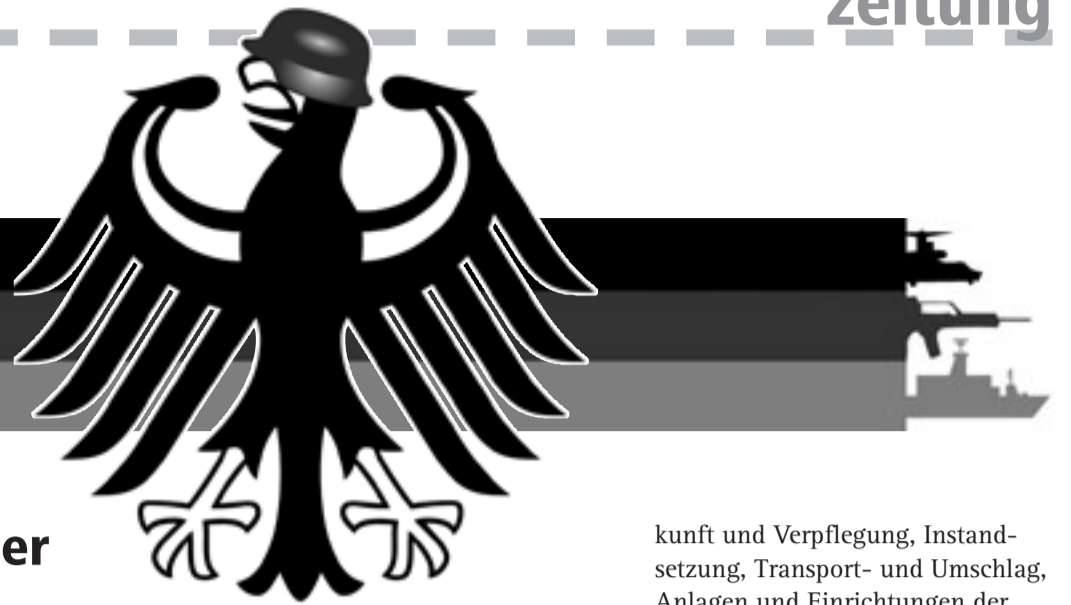
So lautet der Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, den diese nach ihrer Selbstbefreiung ablegten. Der Schwur gilt als Vermächtnis des deutschen Widerstandes an uns alle. Er wurde nun von einem „Verfassungsschutzverbund“ als verfassungsfeindlich und Ausdruck der „kommunistischen Faschismusdefinition“ eingestuft. Zu dem Verbund haben sich die Bundesregierung und die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vereint.

Den Kampf erst einzustellen, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten! Da ist noch viel zu tun. Die Rüstungsindustrie – ThyssenKrupp, Rheinmetall und andere – sind wieder ganz groß im Geschäft. Wie einst, als sie sich mit Hitler verbanden und dann reicher aus dem Krieg herauskamen, als sie hineingingen. Sie verbünden sich wieder mit grausamen Diktaturen, denen sie, wie z.B. Saudi-Arabien, die Waffen liefern.

Am 9. Mail wird in Berlin die Hauptversammlung von Rheinmetall stattfinden. Die Friedensbewegung ruft zum Protest.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Bundestag · Bernhard Trautvetter ist aktiv beim Essener Friedensforum, bei Schule ohne Bundeswehr, VVN/BdA und dem Bundesausschuss Friedensratschlag · Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA

Kriegstreiberei schwarz rot gold



Geschichtsvergessene Stationierung deutscher Truppen an der russischen Grenze

„Deutsche Panzer in Litauen“

Tobias Pflüger

Deutsche Panzer in Litauen“ titelte die „Mitteldeutsche Zeitung“ am 22. Februar 2017. Daraufhin gab es von nicht wenigen Leserinnen und Lesern dieser Zeitung Proteste. Erinnerten sich doch nicht wenige daran, wann zum letzten Mal deutsche Panzer in Litauen standen, und in welchem Kontext das war: 1944, beim Vormarsch der Wehrmacht gegen die damalige Sowjetunion.

Es sind 450 Soldaten aus Oberviechtach (Kreis Schwandorf) des Panzergrenadierbataillons 122 der Bundeswehr, sie wurden nun in Rukla in Litauen stationiert. Hintergrund ist ein Beschluss der NATO beim Warschauer Gipfel 2016, der eine Stationierung von vier Kampftruppen bzw. Battle Groups mit jeweils 1000 Mann/Frau in Polen, Lettland, Estland und Litauen vorsieht. Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat diesen Beschluss explizit mitgetragen. Das Ganze nennt sich „Enhanced Forward Presence“ („Verstärkte Vorwärtspräsenz“) und ist als gemeinsame Nato-Operation deklariert. Nach Ansicht der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sei diese Maßnahme „genau angemessen“ und „defensiv“.

Insgesamt ist von der NATO eine Truppenmacht von vier Bataillonen mit insgesamt rund 4000 Soldaten nun in Osteuropa an der Grenze zu Russland stationiert: Es gibt eine *NATO-Battlegroup Estonia*, sie steht unter britischer Führung und wird ca. 1000 Soldaten und Soldatinnen umfassen. Dabei sind hier britische Kontingente, ein französisches Kontingent und ab 2018 auch ein dänisches; mit dabei Schützen- und Kampfpanzer. Die *NATO-Battlegroup Poland*: Diese steht in Polen unter US-amerikanischer Führung mit Truppen aus Rumänien und Polen. Die *NATO-Battlegroup Latvia* steht in Lettland unter der Führung Kanadas mit Truppen aus Albanien, Italien, Polen, Slowenien und Spanien.

Die *NATO-Battlegroup Lithuania* hat 1200 Mann bzw. Frau und steht unter deutscher Führung mit Truppen aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Kroatien, Norwegen und Luxemburg. Deutschland stationiert auch 26 Panzer – darunter Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 und Marder-

Schützenpanzer – sowie 170 weitere militärische Fahrzeuge in Litauen. Diese Einheiten sind nur 100 Kilometer von der russischen Exklave Kaliningrad entfernt stationiert. Nach sechs Monaten soll die gesamte Einheit durch eine gleichstarke neue Einheit ausgetauscht werden.

Warum diese Rotation der Kampftruppen? Offiziell hat dies militärische Gründe, doch dahinter steckt auch, dass die NATO-Russland-Akte (von 1997) explizit ausschließt, dass in Osteuropa „substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden. Genau dies geschieht aber derzeit, die Rotation ist dabei also nur Trickserei, damit es offiziell keinen Verstoß gegen die NATO-Russland-Akte gibt.

Interessant ist im Übrigen auch, dass Deutschland nicht nur Truppen in Litauen stationiert, sondern auch noch Waffen direkt an die litauische Armee liefert: 88 Boxer-Panzer für 385,6 Millionen Euro kauft Litauen vom Hersteller Artec, ein Tochterunternehmen

der Rüstungsschmieden Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegman. Dieser Großwaffenkauf ist das bisher größte Rüstungsgeschäft von Litauen. Und: es ist auch nicht die einzige Truppenverlegung, die Anfang 2017 vonstatten ging: Im Januar fand die Militäroperation „Bison Drawsko“ statt. Im Rahmen dieser Militäroperation wurde eine niederländische Brigade via Bremerhaven nach Polen gebracht. Und Anfang Februar folgte die permanente Stationierung der 1800 Soldaten starken 10. Heeresfliegerkampfbrigade (10th Combat Aviation Brigade) aus dem US-Bundesstaat New York. Es handelt sich dabei um eine Kampfhubschrauberbrigade mit 10 Chinook- und 50 Blackhawk-Hubschraubern. Neues Hauptquartier der Einheit wird das mittelfränkische Illesheim, stationiert werden sollen die Kampfhubschrauber in Lettland, Rumänien, Polen und in Ansbach bzw. Katterbach, Orte, die damit unter noch mehr militärischen Hubschrauberlärm leiden müssen.

„Befreiung“ durch Zerstörung

Mossul – Eine Millionenstadt wird

Joachim Guilliard

Ein halbes Jahr dauert der Feldzug gegen das auf eine jahrtausendealte Geschichte zurückblickende Mossul bereits an. Nachdem die Allianz aus irakischer Armee, kurdischen Peschmergas und schiitischen Milizen, unterstützt durch massive Luftangriffe einer US-geführten Koalition die Kämpfer der dschihadistischen Miliz „Islamischer Staat“ (IS oder arab. abwertend Daesch), die die nordirakischen Metropole im Sommer 2014 unter ihre Kontrolle bringen konnte, weitgehend aus dem Ostteil vertrieben hatte, begann sie Mitte Februar mit der Offensive auf den Westteil der Millionenstadt. Die Regierung in Bagdad spricht von der „entscheidenden Schlacht“. Sie ist jedenfalls die größte seit der Invasion 2003 und – so steht zu befürchten – auch die verheerendste.

Zuvor waren schon Ramadi, Falluduscha und zahlreiche andere Städte im Zuge der Rückeroberung zerstört worden und sind seit-

her weitgehend unbewohnbar. In Mossul, wo noch immer mindestens 600 000 in den umkämpften Vierteln eingeschlossen sind, droht eine noch viel schlimmere Katastrophe. Experten, wie der berühmte Nahostkorrespondent des britischen *Independent*, Patrick Cockburn, und der deutsche Publizist Jürgen Todenhöfer warnen daher seit langem eindringlich vor einer solchen „Befreiung mittels Zerstörung“.

Die angreifenden Truppen haben schon in den Kämpfen um den auf der Ostseite des Tigris liegenden Teil der Stadt schwere Verluste erlitten. Manche Einheiten verloren US-Berichten zufolge fast fünfzig Prozent ihrer Mannschaft. Die von Washington geführte, und von der Bundeswehr unterstützte Allianz hatte daher – noch unter Präsident Obama – den Luftkrieg eskaliert, indem die Zahl der Angriffe erhöht und Rücksicht auf Unbeteiligte drastisch reduziert wurde. Der Weg für die Bodentruppen wird nun regelrecht freigebombt – mit den entsprechenden Folgen für die Bevölkerung.

Zu Beginn des Jahres gab es die Großoperation „Atlantic Resolve“, dabei wurde das Kriegsgerät der 4000 Mann/Frau starken 3. Kampfbrigade der 4. Infanteriedivision der US-Armee via Bremerhaven nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt. Die meisten dieser Kriegswaffen werden per Bahn, einige aber auch auf bundesdeutschen Straßen transportiert. Es handelte sich um 446 gepanzerte Kettenfahrzeuge sowie 907 Radfahrzeuge mit 650 Anhängern. Mit dabei sind auch 87 Kampfpanzer, 144 Schützenpanzer und 18 Panzerhaubitzen.

Die Logistik der Kriegswaffen-Transporte anderer Armeen durch Deutschland führte und führt die Bundeswehr durch, zentraler Ort dabei ist die in Garlstadt zwischen Bremen und Bremerhaven, aber in Niedersachsen befindliche Logistikschule des Heeres. Die Bundeswehr bezeichnete sich in diesem Zusammenhang als „Servicepartner“ der anderen NATO-Armeen und teilte stolz mit, dass die NATO-Armeen die Bundeswehr „als logistische Drehscheibe für den Transport“ „mit ihren Fahrzeugen und ihrer Ausrüstung“ nutzt. „Deutschland hat als Drehscheibe eine besondere Bedeutung, diese wollen wir wahrnehmen.“ Laut Pressemitteilung der Bundeswehr stellt diese „Lagerkapazität und Betriebsstoffe, Unter-

kunft und Verpflegung, Instandsetzung, Transport- und Umschlag, Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr, Feldjägerunterstützung sowie die Transportsicherung innerhalb Deutschlands bereit.“

Politisch zentral: Es sind keine Militärübungen oder Manöver, die hier stattfinden. Es geht um eine permanente Stationierung von NATO- und deutschen Truppen in Osteuropa. Offiziell begründet wird das mit der „Gefahr aus Russland“. Dass die NATO damit wesentlich selbst eine Aufrüstungsspirale anheizt, die weiter eskalieren kann, ist offensichtlich.

Es war und ist also richtig, dass Friedensgruppen und DIE LINKE gleich zu Beginn des Jahres 2017 Protestdemonstrationen und -kundgebungen unter anderem in Bremerhaven, direkt bei den Fährschiffen mit dem ausgeladenen Kriegsgerät, Kloster in Lehnin (beim dortigen Truppenübungsplatz der Bundeswehr, der als Zwischenstation genutzt wurde für die Truppenverlegung), in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und anderen Orten organisierten. Weitere Proteste gegen diesen Militäraufmarsch, z.B. wenn die NATO und Bundeswehreinheiten rotieren, sind richtig und nötig.

Tobias Pflüger ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI).

kaum eine Rolle.

Dabei listet die britische Initiative Airwars.org auf ihrer Webseite zahlreiche Berichte von Angriffen auf, die eindeutig zivile Einrichtungen trafen. Sie hat allein in den vergangenen beiden Monaten 1200 zivile Todesopfer registriert. Die Verwüstungen in Mossul sind, so der Publizist Jürgen Todenhöfer, der Ende März in Mossul war, jetzt schon weit schlimmer als in Ost-Aleppo. Dem „Iraq Body Count“ (IBC) zufolge waren bereits von Juni 2014 bis Ende 2016 mindestens 4450 Zivilisten im Norden Iraks durch die Bomben der Luftkriegs-Allianz getötet worden. Da durch Auswertung zugänglicher Berichte nur ein Teil der Opfer erfasst werden kann und die Einstufung von Getöteten als Kämpfer in den Berichten häufig fragwürdig ist, war die tatsächliche Zahl sicherlich noch wesentlich höher.

Die Fortsetzung der Angriffe auf Mossuls Altstadt wird nicht nur die Zahl der Opfer noch drastisch erhöhen und die Zahl der Flüchtlinge

Pakt mit Demokraten statt Panzerschmiede

Für eine Neuausrichtung der deutschen Türkei-Politik



Sevim Dagdelen

Staatschef Recep Tayyip Erdogan und seine islamistische Regierungspartei AKP sind dabei, die Republik Türkei in eine Präsidialdiktatur zu verwandeln. In einem für den 16. April anberaumten Referendum sollen weitreichende Verfassungsänderungen bestätigt werden. Kommt Erdogan damit durch, wird das Parlament endgültig zur Staffage, die Justiz ist dann nicht einmal mehr auf dem Papier unabhängig. Der nach dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 verhängte Ausnahmezustand wird dann zum Normalzustand, Erdogans de-facto Diktatur wird eine Diktatur de jure.

Die Bundesregierung behandelt den Despoten vom Bosphorus dessen ungeachtet weiter als Premiumpartner. Und auch die NATO kümmern Massenentlassungen und Massenverhaftungen von Andersdenkenden in dem Mitgliedsland nicht weiter, geopolitisch ist die Türkei für den westlichen Militärpakt einfach zu wichtig als Sprungbrett in den Nahen und Mittleren Osten. Das Land soll um jeden Preis in der Allianz gehalten werden. Erdogan weiß das als Hebel zu nutzen. Nur so ist zu erklären, warum die türkischen Sicherheitskräfte und die Regierung in Ankara ihren brutalen Krieg gegen die Kurden im Südosten des Landes führen können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

zerstört

um Hunderttausende vermehren. Er wird auch die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen weiter anheizen. Ein Großteil der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung hatte 2014 die Vertreibung der als Besatzungstruppen empfundenen, hauptsächlich aus Schiiten bestehenden Armee begrüßt. Diese Menschen betrachten nun, unabhängig von ihrer Haltung zum Daesch, das Eindringen der überwiegend schiitischen und kurdischen Truppen und Milizen keineswegs als Befreiung. Zu Recht werden Racheaktionen, vor allem von Seiten der berühmten schiitischen Milizen, aber auch regulärer Armee- und Polizeieinheiten, befürchtet. Der Rückeroberung folgten in den meisten Städten Plünderungen, Brandschatzung, Verschleppungen und Massaker – auch im Zuge der Offensive auf Mossul. So berichtete *Human Rights Watch* am 16. Februar erneut von Plünderungen und Hauszerstörungen in fünf nahe Mossul liegenden Ortschaften.

Die Zahl der dschihadistischen Kämpfer in Mossul wird noch auf

Am 10. März hat das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte eine einzige Schreckensbilanz über Erdogans Feldzug gegen die

der Vereinten Nationen, Said Raad Al-Hussein. Satellitenbilder zeigten ein „enormes Ausmaß an Zerstörung von Wohngebieten durch

Menschen getötet, darunter 1200 Zivilisten.

Trotz all dieser Greuel wird der Gewaltherrscher am Bosphorus

desentwicklungsminister und FDP-Politiker Dirk Niebel als Rheinmetall-Lobbyist unter Vertrag. Nicht ohne Erfolg: Im Entwurf ihres



eigene Bevölkerung vorgelegt. Bis zu einer halben Million Menschen sind demnach im Rahmen der „Anti-Terror-Operation“ Ankaras zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 aus ihren Wohnungen und Häusern verjagt worden. Regierungstruppen haben demnach nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes zwischen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Regierung „mehr als 30 Städte angegriffen und 355 000 bis 500 000 Menschen vertrieben, vor allem Kurden“, heißt es im Report des Menschenrechtsbeauftragten

schwere Waffen“. Stadtbezirke von Nusaybin in der Provinz Mardin etwa seien „dem Erdboden gleichgemacht“ worden. Über Zerstörungen „apokalyptischen“ Ausmaßes sprechen Bewohner von Cizre nahe der Grenze zu Syrien. Anfang 2016 waren dort bis zu 189 Menschen wochenlang in Kellern ohne Wasser, Lebensmittel und medizinische Betreuung eingeschlossen. Sie verbrannten bei lebendigem Leib, nachdem die Schutzräume in Brand geschossen worden waren. Laut UNO wurden bei dem Einsatz der Regierungskräfte rund 2000

hierzulande aktiv unterstützt. Die Türkei ist im vergangenen Jahr von Platz 25 auf Platz 8 der Empfängerländer deutscher Waffen aufgestiegen. Die Bundesregierung kann zudem nicht ausschließen, dass beim Anti-Kurden-Krieg auch aus Deutschland gelieferte Scharfschützengewehre zum Einsatz gekommen sind. Das hat sie auf meine Nachfragen ausdrücklich bestätigt. Ebenso wenig kann das Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel ausschließen, dass die Informationen aus den „Tornado“-Aufklärungsflügen von dem NATO-Partner Türkei

Wahlprogramms spricht sich die FDP für ein gigantisches Aufrüstungsprogramm und für mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Die von NATO-Strategen vorgegebenen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär reichen den Wirtschaftsliberalen nicht aus. Die FDP fordert drei Prozent der Wirtschaftsleistung für „Sicherheit“.

Trotz gelegentlicher verbalradikaler Kritik an der „Erdogan-Türkei“ soll das autoritär regierte Land in der Nato bleiben und lukrative Adresse für die deutsche Wirtschaft sein. Die Beziehungen mit der Türkei müssten auf „eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ gestellt werden, so lautet die Doppelmoral der Neoliberalen, die mit der Türkei-Politik von CDU/CSU und SPD gut kompatibel ist und schlussendlich auf eine Erweiterung der Zollunion hinausläuft.

Die deutsche Türkei-Politik braucht eine radikale Wende. Für DIE LINKE ist klar: Die Beitrittsgespräche mit Ankara müssen gestoppt. Die EU-Zahlungen der Vor-Beitrittshilfen in Höhe von 630 Millionen Euro jährlich müssen eingefroren werden. Die Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Die deutschen Soldaten müssen aus Incirlik und Konya sofort abgezogen werden. Keinen Euro, keine Waffen, keine Soldaten für Erdogans Diktatur. Statt eines Paktes mit dem Despoten braucht es einen Pakt für Demokratie und Menschenrechte.

Sevim Dagdelen ist Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Im Westend-Verlag ist ihr Buch *Der Fall Erdogan. Wie uns Merkel an einen Autokraten verkauft* erschienen. Auf ihre Initiative hat DIE LINKE im Bundestag am 27. März die Konferenz „Quo vadis Deutschland-Türkei?“ veranstaltet (<http://kurzlink.de/konferenz-videos>)



etwa 2000, maximal 5000 Kämpfer geschätzt. Statt wegen ihnen eine weitere Stadt und damit die Heimat von mehr als zwei Millionen Menschen zu zerstören, sollten die USA und ihre Verbündeten den Daesch bekämpfen, indem sie ihn lokal zu isolieren und vom Nachschub abzuschneiden suchen. Nötig wäre, eine effektive Schließung der Grenzen für seine Kämpfer und Waffen durchzusetzen. Vor allem müsste sie auch auf das Ende der sektiererischen Politik in Bagdad und einen Ausgleich der schiitisch dominierten Regierung mit den Sunniten drängen, die in ihm mehrheitlich noch das kleinere Übel sehen. Ihre berechtigten Forderungen, deren Ablehnung zu dem Aufstand führte, der dem

Daesch erst seine Offensive ermöglichte, müssen endlich ernstgenommen werden. Die vom politischen Leben des Irak weitgehend ausgeschlossene sunnitische Opposition hatte, so berichtet u.a. Jürgen Todenhöfer, mehrfach angeboten, selbst den Kampf gegen Daesch aufzunehmen, wenn sie angemessen an der Regierung beteiligt und die systematische Benachteiligung von Sunniten beendet würde. Ohne eine Verständigung Bagdads mit der sunnitischen Bevölkerung wird der Krieg im Irak nicht zu Ende gehen.

Joachim Guilliard ist aktiv im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg. Weitere Infos auf dem Blog: jghd.twoday.net

nicht für Angriffe auf Stellungen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG in Syrien genutzt werden, also jener Kräfte, die am erfolgreichsten gegen den „Islamischen Staat“ kämpfen.

Die Bundesregierung genehmigt Waffenexporte in Erdogans Türkei, obwohl die unter dem Muslimbruder zu einer „zentralen Aktionsplattform“ für islamistischen Terrorismus in der Region geworden ist, wie das Bundesinnenministerium im vergangenen Sommer selbst eingeräumt hat. Die Bundesregierung leistet damit aktive Hilfe bei Erdogans Krieg gegen die Kurden. Sie fördert einen Terrorpaten.

Besonders dreist ist Rheinmetall. Dieser deutsche Rüstungskonzern plant den Bau einer Panzerfabrik in der Türkei. „Die Türkei ist NATO-Partner“, gibt sich Rheinmetall-Chef Armin Papperger unschuldig. 7000 deutsche Unternehmen machten Geschäfte in der Türkei, so zutreffend der Konzernchef. Da passt es, dass der frühere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung in den Aufsichtsrat von Rheinmetall aufrückt. Seit Anfang 2015 ist bereits der ehemalige Bun-

Rüstungskonversion

Gibt es eigentlich noch etwas anderes als Waffen zu produzieren?

Anne Rieger

Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. ... Wir fordern stattdessen Abrüstung und die Rüstungs- und Kriegesmilliarden für soziale Zwecke zu verwenden!“. Dies forderte die Kreiskonferenz des DGB Kiel am 2. März 2017. Gleichzeitig rief sie alle DGB Mitglieder auf, sich am Ostermarsch zu beteiligen.

Konversionsprojekt der IG Metall

Schon zuvor hatten die Delegierten

des IG Metall-Gewerkschaftstags im Oktober 2015 ein klares Signal ausgesendet: Die Rüstungskonversionsdebatte muss wiederbelebt werden. Bereits im Vorfeld des Kongresses begann in Vertrauenskörpersitzungen, Ortsvorständen und Delegiertenversammlungen die Diskussion. Das Ergebnis waren 24 Anträge zu Konversion und Frieden an den Kongress. Vier Jahre vorher waren es gerade mal drei Anträge gewesen, die dann ohne Diskussion „durchgewunken“ wurden. Diesmal positionierten sich mehrere Delegierte in der Debatte eindeutig „gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr“, für ein „Verbot von Waffenexporten“ und

forderten eine „Wiederaufnahme der Diskussion über Rüstungskonversion“.

Nach Jahren des Stillstandes hat die Diskussion um Konversion damit in der IG Metall wieder Fahrt aufgenommen. Sie zeigt aber auch das Dilemma der Arbeitskräfte in der Rüstungsbranche als lohnabhängig Beschäftigte in einer privatkapitalistisch organisierten Produktion. Ihr Bewusstsein ist geprägt – wie das aller Lohnabhängigen – von der Angst um den Arbeitsplatz. Auch der Spagat der IG Metall als Organisation, die sich sowohl „für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ebenso einsetzt wie für die „wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder“, wurde in der Debatte und in den Anträgen deutlich.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages forderten u.a., die Rüstungsausgaben deutlich zu senken und einen Konversionsfonds und Projekte zur Rüstungskonversion einzurichten. Gefordert wird aber auch eine Erhöhung des Innovationsfonds des Wirtschaftsministeriums für Diversifikationsprojekte und dabei ein Antragsrecht der IG Metall und der Betriebsräte. Als konkretes Ergebnis des Gewerkschaftstages hat der Vorstand ein Projekt „für Konversion und Diversifikation in Betrieben der wehrtechnischen Industrie“ gestartet. „Ziel ist es Betriebsräte und Belegschaften der Rüstungsindustrie bei der Suche nach anknüpfungsfähigen Produkten für zivile Märkte zu unterstützen“ und als IG Metall den Suchprozess aktiv anzustoßen. Entwickelt werden soll ein betrieblicher Handlungsleitfaden für Innovations- und Diversifikationsprojekte, betriebliche Workshops in Zusammenarbeit mit der IGM sowie ein Strategiepapier auf der Basis der Erfahrungen aus den Workshops.

Bündnispartner

Konversion muss gegen staatliche und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt werden. Ende Juni 2016 beschloss der EU-Rat, die EU müsse „eine schlagkräftige europäische Rüstungsindustrie schaffen, die ausschlaggebend dafür ist, dass Europa eigenständig entscheiden und handeln kann.“ (Siehe S. 7) Die deutsche Regierung ist Treiber dieser Politik, denn Rüstungskonzerne sind an den hohen und nachhaltigen Profiten interessiert. Beschäftigte und ihre Gewerkschaften haben es mit starken Gegenmächten zu tun, wenn sie Rüstungsproduktion in zivile Produktion umgestalten wollen.

Deswegen können IG Metall und Rüstungsbeschäftigte nicht allein gelassen werden in ihrem Kampf um Umstellung auf zivile Güter. Sie brauchen Bündnispartner aus der Friedensbewegung und der gesamten Gesellschaft. Konrad Ott,

IG Metall Bevollmächtigter auf dem Friedensratschlag erklärte Ende 2016 auf dem Friedensratschlag: „Die Abhängigkeit und Existenzangst der Beschäftigten darf nicht dazu führen, dass Arbeiter aus Rüstungsbetrieben unter die sprichwörtliche ‚Glasglocke‘ gestellt werden. Anstelle der moralischen Vorwürfe, die nur Ablehnung hervorrufen können, sind die Beschäftigten mit der Problematik und den Widersprüchen von Rüstungsproduktion und dem damit zusammenhängendem Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Friedensgefährdung zu konfrontieren. Das muss aber auf einer inhaltlichen

so Katja Kipping. Sie rechnet vor: „1250000 Sozialwohnungen statt 1775 Schützenpanzer oder 60 Eurofighter“ könnten gebaut werden. Bündnisse aus Gesellschaft und Friedensbewegung und Beschäftigten der Rüstungsbranche können zivile Alternativen vorantreiben. Ausgaben für Bildung, Renten und Gesundheit führen leicht zur Verletzung der EU-Defizitkriterien, Rüstungsmilliarden dagegen werden aus dem Staatsdefizit herausgerechnet.

Zivilklausel

Auch aus den Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen wachsen Bündnispartner zu. Seit 2009



Krieg beginnt hier! – Unser Widerstand auch Friedenskampagne zeigt deutsche Kriegsbeteiligungen auf

Markus Pflüger

Ausgangspunkt sind die Militärstandorte vor der eigenen Tür. Damit wird auch 2017 wieder aufgeklärt, informiert und zum Mitmachen angeregt, mit Vorträgen, Ostermärschen, Gelöbnis- und Friedensaktionen. Wir informieren über politische Zusammenhänge der Kriegspolitik und gewaltfreie Alternativen, so das Bündnis, das die Kampagne zum zweiten Mal organisiert: AG Frieden und DFG-VK Trier sowie Mainz, Pax Christi und Friedensnetz Saar, GI-Café The Clearing Barrel und Military Counseling Network Kaiserslautern, Arbeitsstelle Frieden & Umwelt Speyer sowie Friedensinitiative Westpfalz.

Wir nehmen nicht länger hin, dass sich Unternehmen an Krieg und Rüstung bereichern. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur. Kriege und die wirtschaftlichen Folgen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung treiben Menschen in die Flucht. Die NATO-Aufrüstung gegen das autokratische Russland wird genauso abgelehnt wie die EU-Aufrüstung: das ist die falsche Antwort auf Trump – wir fordern Abrüstung- und Entspannungspolitik! Die Kritik: „In Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit seinen zahlreichen Bundeswehr-Standorten werden Kriegspolitik und Großmacht-Ambitionen unterstützt. Die Bundeswehr als „Speerspitze der NATO“ führt ein Bündnis mit aggressiver Kriegspolitik für Wirtschafts- und Machtinteressen. Europa wird zunehmend von Militarisierung und Aufrüstung beherrscht. FRONTEX und die NATO führen Krieg gegen Flüchtlinge. Wir fordern: Geflüchtete solidarisch aufnehmen, Fluchtursachen und Armut bekämpfen, Reichtum umfairteilen! Statt Sozialabbau und Entdemokratisierung benötigen wir zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Gerechtigkeit. Die Kampagne toleriert dabei keinen Sexismus, Rassismus und Antisemitismus – keine Zusammenarbeit mit Nationalisten, Rechtspopulisten und Nazis: Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus gehören zusammen, so der Aufruf. Es wird anregt am eigenen Ort entsprechend aktiv zu werden.

Hinweis: 31.7 – 6.8.2017 GÜZ-Camp 2017 ‚war starts here – lets stop it here‘ Mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg und Militär! Gefechtsübungszentrum Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg
Infos: www.war-starts-here.camp

Rheinmetall mit Flucht-Hilfe

Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall betreibt eine perfide Imagepflege. Im Herbst 2016 richtete er im seinem Werk in Kaufungen in der Nähe von Kassel eine neue Werkstatt ein, in der bis zu 100 Flüchtlinge ausgebildet werden. Es gehe dabei, so der Vorstandsvorsitzende Armin Pappberger, um „eine gesellschaftliche Aufgabe“, darum, „jungen Menschen aus Kriegsgebieten die Chance auf einen Arbeitsplatz zu geben.“ Wobei die Jugendlichen nach der Ausbildung eher nicht im Rüstungskonzern Arbeit finden sollen. Es gehe hier vielmehr darum, „dem Handwerk zu helfen“. Überhaupt, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in einem Bericht in der Ausgabe vom 25. Oktober 2016, gehe es hier um „Schweißer statt Kriegsmaschinen“.

Doch natürlich geht es im Kern immer um Kriegsmaschinen. Sei es um den Werbeeffect bei der Ausbildung der Geflüchteten. Sei es konkret im Ausland selbst. So im Fall der neuen Panzerfabrik in der Türkei (siehe S.5). Oder beim deutsch-algerischen Rüstungsgeschäft. So wurden bei Rheinmetall in Kassel bereits 222 junge Algerier ausgebildet. Diese arbeiteten, so Pappberger, „heute allesamt im Rheinmetall-Werk von Constantine“ im Norden Algeriens. Dort wird das gepanzerte Fahrzeug Fuchs hergestellt, das sich auch bei Einsätzen im Inneren – gegen friedliche Demonstranten – bewährt hat.

und solidarischen Diskussionsebene geschehen! Möglichkeiten von Perspektiven und Alternativen, wie man die Rüstungsunabhängigkeit überwinden kann, sind mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und nicht gegen sie zu diskutieren.“

Die Forderung, „den Wehretat in einem ersten Schritt einzufrieren und in einem zweiten Schritt pro Jahr um 5 Prozent zu senken, muss wieder auf die Tagesordnung der Friedensbewegung und der Gewerkschaften gestellt werden“, forderte Ott. Die frei werdenden Mittel könnten dann als Friedensdividende für die Rüstungskonversion eingesetzt werden. Für die Beschäftigten, die in den Rüstungsbetrieben ihre Existenzgrundlage haben, kann damit eine Win-Win Situation geschaffen werden.

Rüstung und Sozialabbau = zwei Seiten einer Medaille

Auch die Kürzungen im Sozial- und Rentenbereich, bei der öffentlichen Infrastruktur wie Schulen, Sportstätten, Bahnstrecken und Straßen oder der Verkauf von Krankenhäusern zeigen, wofür Steuergelder sozial und ökologisch nützlich ausgegeben werden müssten. „Für die Sanierung der Schulen fehlen rund 35 Milliarden Euro, das entspricht in etwa der geplanten Erhöhung der Rüstungsausgaben pro Jahr“,

entwickelt sich die Zivilklauselbewegung. Sie fordert friedliche und zivile Hochschulen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Die Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Bis 2009 hatten sich zwölf Hochschulen dazu verpflichtet, zu Frieden beizutragen. Mittlerweile sind es 62. „Die Rüstungsindustrie ist not amused und beklagte 2014, ihre Bedingungen hätten sich durch die Ausgrenzung militärischer Forschung aufgrund der Erfolge der Zivilklauselbewegung an den Hochschulen deutlich verschlechtert“, so Senta Pineau vom AK Zivilklausel an der Uni Köln auf dem beim SDS-Bundeskongress. Eine Ächtung der Profite aus der Waffen- und Rüstungsproduktion kann die Diskussion um zivile Güter statt Waffen wieder beleben. Denn wer Hundefutter produziert braucht Hunde, wer Waffen produziert, braucht Kriege, sagte ein holländischer Zwangsarbeiter, einst bei Mauser beschäftigt. Es geht darum, gemeinsam Kriege, Rüstungsforschung und -produktion zu verhindern.

Anne Rieger war Zweite Bevollmächtigte der IG Metall in Waiblingen und ist aktiv in der Friedensbewegung in Deutschland und in Österreich.



Vor dem Hintergrund von Brexit und Trump-Wahl kommt es zu einer neuen EU-Militarisierung

Brexit-Dividende

Jürgen Wagner

Beim Referendum am 23. Juni 2016 sprach sich die britische Bevölkerung mehrheitlich dafür aus, dass Großbritannien als erster Staat überhaupt die Europäische Union wieder verlässt. Geradezu trotzig fordern seither nahezu alle Entscheidungsträger, die EU müsse sich jetzt erst recht daran machen, ihr Weltmachtpotenzial zu realisieren. Dazu gehören auch und vor allem, die Militarisierung der Europäischen Union entscheidend voranzubringen.

Insgesamt sei das britische Ausscheiden bedauerlich, so etwa Uwe Optenhögel, Direktor des EU-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Weil Großbritannien aber jahrelang „Fortschritte“ beim Aufbau eines schlagkräftigen EU-Militärapparates blockiert habe, eröffne das Referendum nun die Möglichkeit für eine „Brexit-Dividende“ in diesem Bereich. Elmar Brok, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments, weint den Briten aus genau diesem Grund keine Träne nach: „Der Brexit hat auch gute Seiten. [...] Jahrelang haben uns die Briten aufgehalten. Jetzt geht es endlich voran.“

Berlin-Paris – Achse der Aufrüstung

Bereits am 27. Juni 2016 wurde die generelle Richtung mit dem offensichtlich bereits vor dem Brexit-Referendum erarbeiteten Papier „Ein starkes Europa in einer

unsicheren Welt“ vorgegeben. Darin forderten die damaligen Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, nicht nur die Umsetzung von bereits vorbereiteten Militärprojekten, sondern auch eine deutsch-französische Führungsrolle. Einen Tag später verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs eine neue EU-Globalstrategie. Deren Kern: Aufbau von Kapazitäten für „autonome“ – also unabhängig von NATO und damit USA durchführbare – Militärinterventionen. Klartext dort: „Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren [...] zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten [...] zur Verfügung stehen muss.“

Nach der Sommerpause wurde dann am 12. September 2016 ein zweites deutsch-französisches Papier, diesmal aus den Verteidigungsministerien in Berlin und Paris, vertreten durch Ursula von der Leyen und Yves Le Drian, vorgelegt. Auch hier werden eine Reihe von Militarisierungsmaßnahmen eingefordert. Am 14. September 2016 griff dann EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union die verschiedenen Vorschläge auf und forderte u.a.: die Schaffung eines EU-Außenministeriums, die Bildung eines Kerneuropas im Militärbereich, die Errichtung eines

EU-Hauptquartiers, die Beschaffung EU-eigener militärischer Fähigkeiten. Und schließlich, um das Zapfenstreich-Wunschkonzert bezahlen zu können, die Einrichtung eines EU-Verteidigungsfonds. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini legte am 14. November 2016 den vom Rat gebilligten „Implementierungsplan zu Sicherheit und Verteidigung“ vor. Bemerkenswert dabei ist vor allem die Forderung nach einer Erhöhung des militärischen Planziels (Headline Goal), also des Umfangs der EU-Militärkapazitäten.

Am 30. November 2016 erfolgte die nochmals wichtigere Veröffentlichung des Verteidigungs-Aktionsplans der EU-Kommission. Im Kern enthielt er den Vorschlag, jährlich 500 Millionen Euro für EU-Rüstungsforschung und satte 5 Milliarden Euro für die Beschaffung von Rüstungsgütern auszuloben. Hierdurch droht der bislang weitgehend unbestrittene Grundsatz, keine EU-Gelder für Militärausgaben zu verwenden, ausgehebelt zu werden. Darüber hinaus verständigten sich die EU-Außen- und Verteidigungsminister Anfang März 2017 darauf, eine „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ einzurichten. Dieses faktisch ständige EU-Hauptquartier soll zwar zunächst „nur“ für nicht-exekutive Einsätze – vor allem also Ausbildungs- und Trainingseinsätze – zuständig sein. Doch damit dürfte nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein.

Brexit + Trump = EU-Weltmacht?

Der Sieg Donald Trumps bei den US-Wahlen verlieh den Propagandisten einer Weltmacht „EUropa“ zusätzlichen Rückenwind. Unmittelbar nach Verkündung des Ergebnisses erklärte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vor die Presse: „In den kommenden Monaten und Jahren [...] wird es eine zunehmende Nachfrage nach Europa geben [...] Die Forderung nach einem von Prinzipien geleiteten globalen ‚Sicherheits-Dienstleister‘ wird wachsen. Die Forderung nach einer Supermacht, die an mehrseitige Bündnisse und Zusammenarbeit glaubt.“

Die weit verbreitete – und gut nachvollziehbare – Abneigung gegen Trump wird also genutzt, um die (militärische) Emanzipation von den USA und damit verbunden auch eine eigene machtpolitische Aufwertung einzufordern. Exemplarisch ist in diesem Zusammenhang der von nicht weniger als zehn Zeit-Redakteuren gezeich-



nete Artikel „Weltmacht! in dem es u.a. heißt: „Nach der Wahl Donald Trumps erkennen die Europäer, dass sie künftig selbst ihre Interessen durchsetzen und ihre Sicherheit garantieren müssen – und was dem noch alles im Wege steht. [...] Europa muss nicht ‚Weltmacht‘ werden im amerikanischen Sinne, mit Flugzeugträgergruppen, die stählern durch alle Weltmeere pflügen. [...] Europa hat Interessen in Afrika, in einem Teil von Asien (Syrien! Afghanistan!) und an all seinen Außengrenzen, vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittelmeer. Hier Mitverantwortung zu übernehmen, weit über den eigenen Kontinent hinaus – auch das ist Weltmacht. Regional begrenzte Weltmacht ganz gewiss, aber auch zum Glück. Aber für eine ziemlich große Region.“

Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Anzeige

125 JAHRE DFG-VK
 DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VERBUNDENES KRIEGSDIENSTGEGENNEMEN
 DIE WAFFEN NIEDER!
 - und du bist immer noch nicht Mitglied?
GEMEINSAM GEGEN KRIEG & MILITÄR:
 ➔ www.dfg-vk.de/mitglied-werden
DFG-VK Bundeskongress: Die Waffen nieder!
10.-12. November 2017 in Berlin
 Vorträge, Reden (u.a. von Margot Käßmann), Diskussionen, Workshops, Konzerte, Aktionen und vieles mehr...
WWW.DFG-VK.DE WWW.FACEBOOK.DE/DFG-VK

Tarnen und Täuschen

Bundeswehr-Werben fürs Sterben

Michael Schulze von Glaßer

Der Bundeswehr mangelt es in der Bevölkerung an Zustimmung für ihre Einsätze. Es fehlt an Nachwuchs. Das Verteidigungsministerium hält mit einer großangelegten Werbekampagne dagegen. Mit Beschönigungen bis hin zu Lügen.

In Fragen der Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung die Bevölkerung abgehängt: Nur 18 Prozent der Befragten einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „YouGov“ waren 2015 für eine stärkere internationale Beteiligung Deutschlands in internationalen Militäreinsätzen – 68 Prozent waren dagegen. Skandale wie zuletzt in Pfulendorf und Mittenwald tun ihr Übriges, um das Image und die Zustimmungswerte für die Bundeswehr in der Bevölkerung abzusenken.

Das Verteidigungsministerium möchte in der Öffentlichkeit lieber ein anderes Bild von der deutschen Armee sehen: Die Truppe soll jung, sportlich, kameradschaftlich, modern und offen für jeden sein – genau dies lässt das Ministerium seit November 2015 in einer großen Werbekampagne für die Bundeswehr vermitteln. Für 18,5 Millionen Euro wurden Plakate gedruckt mit Sprüchen wie „Wahre Stärke findest du nicht zwischen zwei Hanteln“ und Anzeigen in Tageszeitungen und TV-Spots geschaltet mit Sprechblasen wie „Bei uns geht es ums Weiterkommen, nicht ums Stillstehen“. Durch Dresden fuhr eine Straßenbahn mit Bundeswehr-Lackierung. In elf Städten hingen Großtransparente: „Grünzeug ist auch gesund für deine Karriere“. Selbst auf Pizzakartons gibt es Armee-Werbung. Auf dem Internet-Videoportal YouTube fand eine Bundeswehr-Doku-Soap über 40 Millionen Aufrufe. Die Bundeswehr verspricht den jungen Leuten in der Kampagne unter dem übergeordneten Slogan „Mach, was wirklich zählt“ Selbstverwirklichung und einen vermeintlich sicheren Arbeitsplatz. Negative Aspekte wie Tod oder Verwundung in Einsätzen, auf Befehl auf andere Menschen schießen zu müssen sowie die politische Dimension des Dienstes in der Bundeswehr spielen keine Rolle.

Besonders krass: Die Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche. 2016 waren laut Wehrbeauftragten 1.946 Minderjährige in der Bundeswehr. Die Zahl der 17-Jährigen, die von der deutschen Armee an der Waffe ausgebildet werden, hat sich damit seit 2011 (689) fast verdreifacht. Mittlerweile sind etwa fünfzehn Prozent der jährlichen neuen Rekruten bei der Bundeswehr minderjährig. Im Januar 2014 forderte der „UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes“ die Bundesregierung auf, „das Mindestalter der Rekrutierung

für die Streitkräfte auf 18 Jahre“ zu erhöhen und „alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen“ zu unterlassen. Die Kinderkommission des Bundestags unterstrich diese Forderungen im September 2016 nochmals in einer

Abschlussresolution.

Das Verteidigungsministerium stellt sich jedoch stur und wirbt weiter gezielt um sehr jungen Nachwuchs.

Wie erfolgreich die Armee-Werbung dabei ist, lässt sich aktuell noch nicht sagen: 2016 lag die

Zahl der „Freiwillig Wehrdienstleistenden“ mit 9.686 im Jahresdurchschnitt sogar knapp unter der des Vorjahres. Die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne ist aber langfristig angelegt.

Umso wichtiger ist die Aufklärung durch Friedensgruppen:

Es gibt mittlerweile zahlreiche Materialien, die das geschönte Armee-Bild der Bundeswehr-Werbung entlarven. Aktionsseiten für junge Leute (www.bevor-du-unterschreibst.de), Kampagnen gegen Armee-Werbung an Schulen (www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de), den am 10. Juni 2017 in

zahlreichen Städten stattfindenden „Tag der Bundeswehr“ (www.kein-tag-der-bundeswehr.de) sowie eine gemeinsame Unterschriftenaktion von Friedens- und Kinderrechtsgruppen gegen die Rekrutierung von unter 18-Jährigen (www.unter18nie.de). Haben die Gruppen Erfolg, könnte es für die Bundeswehr in Zukunft schwer werden, genug Leute für ihre Auslandseinsätze und das Tötungshandwerk zu finden.

Michael Schulze von Glaßer veröffentlichte Bücher über die Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, ist Beirat der Informationsstelle Militarisation und stellvertretender politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Weitere Informationen: www.schulze-von-glasser.eu



Warum ich kein Patriot bin

Konstantin Wecker

Ich bin kein Patriot, weil nur Idioten wieder diesem billigen Lockmittel verantwortungsloser Menschenfänger auf den Leim gehen. Nationalismus ist eine lebensbedrohliche Seuche und der Patriotismus dasselbe in folkloristischem Gewand. Ich bin nicht stolz ein Deutscher zu sein, denn was kann ich schon dafür in dieses Land geboren worden zu sein. Was hab ich dafür getan? Im Nationalismus liegt keine Freiheit, wie es uns die Parolen brüllenden Populisten der Rechten einreden wollen. Der Nationalismus ist der Anfang vom Ende der Freiheit. Mein Credo? Kein Volk, kein Staat, kein Vaterland. Freie Menschen brauchen keine Krücken, die aus geschichtsvergessener Dummheit geschnitzt sind.

„Europäische Werte“ = Tod und Verderben

Europas Grenzen werden in Niger gesichert

Heike Hänsel

Abschottung ist das permanente Ziel der EU und der Bundesregierung. Außenpolitik, Entwicklungspolitik und Militärmissionen werden nicht nur darauf ausgerichtet Grenzen zu schließen, sondern Grenzsicherung weit in den afrikanischen Kontinent hinein zu verlagern. Europas Grenzen werden heute in Niger, Mali, Eritrea, Nigeria, Tschad, Tunesien, Marokko, Libyen usw. gesichert. Nicht Fluchtursachen, wie die Bundesregierung stets behauptet, sondern *Fluchtrouten* werden bekämpft. Diese Politik geht über Leichen, allein in 2016 hat das laut offiziellen Daten mehr als 5000 Männern, Frauen und Kindern das Leben gekostet. In den Ländern selbst, die Grenzmigration seit Jahrhunderten kennen, führt dies zu neuem Konfliktpotential, weil Migranten nun als Flüchtling definiert und interniert werden sollen, wenn es nach dem Willen der EU geht.

Mitunter geht das selbst Vertreter deutscher Einrichtungen

zu weit. Ende Januar etwa warnte die deutsche Botschaft im Niger vor „KZ-ähnlichen Verhältnissen“ in privaten Flüchtlingsgefängnissen in Libyen. Die Rede war von „allerschwersten systematischen Menschenrechtsverletzungen“. Die Vorwürfe reichen von Aussetzen in der Wüste bis zu regelmäßigen wöchentlichen Erschießungen, um neue Geflüchtete im Gefängnis aufzunehmen und den Profit der Betreiber zu erhöhen. Gemäß einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, entspricht dies auch dem Kenntnisstand der Bundesregierung.

Dennoch unterstützen Union und SPD ein EU-Flüchtlingsabkommen mit Libyen. Als Blaupause dient der schmutzige Merkel-Erdogan-Deal. In einem Zehn-Punkte-Abkommen wurde das im Februar auf Malta konkretisiert. Im Falle des Türkei-Deals werden Geflüchtete in menschenunwürdigen Lagern auf den griechischen Inseln, den sog. EU-Hotspots festgehalten, bevor sie in die Türkei zurückge-

schickt werden. In Libyen stört man sich nicht an den vorhandenen „KZ-ähnlichen“ Lagern. Auch andere nordafrikanische Länder sollen Lager aufbauen, Tunesien weigert sich allerdings bisher.

Die Bundeswehr beteiligt sich auch daran, die libysche Küstenwache und Marine zu trainieren, um die „Demokratie“ im Land zu stärken. Dies ist blanker Zynismus, denn diese „Regierung“ in Libyen ist nicht gewählt, geschweige denn kontrolliert sie das Land. Sie wurde in Windeseile von den NATO-Staaten geformt und ernannt, denn schließlich braucht man einen Partner, der den EU-Militäreinsatz an der libyschen Küste völkerrechtlich absegnet.

Parallel dazu treibt die Bundesregierung die Migrationsabwehr in der Entwicklungszusammenarbeit voran. Im Rahmen des Programmes „Better Migration Management“ realisiert die staatliche Durchführungsorganisation GIZ die Kontrolle von Grenzregimen, wofür sie Gelder aus einem milliardenschweren EU-Treuhandfonds für Afrika

erhält. Auch die Militarisation der Entwicklungszusammenarbeit kommt wieder auf die Tagesordnung. Entwicklungsminister Gerd Müller und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen haben die sogenannte „vernetzte Sicherheit“ neu entdeckt, die eine enge Verzahnung militärischer und ziviler Instrumente vorsieht und „ganzheitliche Konfliktlösung“ bei Kriegseinsätzen verspricht. Das hat nichts mit Entwicklungspolitik, sondern nur noch mit den eigenen Sicherheitsinteressen zu tun. Es geht nicht um soziale Sicherheit für die Bevölkerung in den afrikanischen Ländern, sondern um Sicherheit vor Migration, sicheren Zugang zu Rohstoffen, sichere Handelswege, Sicherheit für die reichen Industriestaaten.

Die Ursachen für Elend und Armut, wie die Destabilisierung von Staaten durch westliche Militärinterventionen in Libyen, Mali und eine aggressive EU-Freihandelspolitik gegenüber Afrika, werden konsequent ausgeblendet. Es ist der pure Hohn auf Menschenwürde und Demokratie, wenn die Europäische Union dieser Tage anlässlich von 60 Jahre Römische Verträge sich selbst und „europäische Werte“ feiert.

Heike Hänsel ist stellvertretende Vorsitzende und entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag